

Plausch in der Pause

Die Londoner Verfassungskonferenz näherte sich einer Einigung — aber Frieden steht kaum zu erwarten.

Hallo Mr. Smith“, rief der freundliche schwarze Mann im giftig-grünen Safari-Anzug. „Wie geht es der alten Mrs. Smith?“ Als sich Josiah Tongogara allerdings zum sozialistischen Bruderkuß nach vorne beugte, wich Ian Smith zurück und schilderte statt dessen gestenreich den Gesundheitszustand seiner Mutter, 88.

Am Rande der Londoner Rhodesien-Konferenz plauderten zwei Männer freundlich miteinander, die eigentlich Erzfeinde sind: Ian Smith, Halt der weißen Minderheit, und „General“ Josiah Tongogara, Befehlshaber von zehntausend Guerrilleros der ZANU (Zimbabwe African National Union), auf den die Regierung in Salisbury „tot oder lebendig“ das höchste Kopfgeld überhaupt ausgesetzt hat.

Die Teepause reichte kaum, so viel hatten sich die beiden Männer aus dem gemeinsamen Heimatort Selukwe zu erzählen — Tongogara hatte dort einst Rinder auf der Smith-Farm gehütet.

Die politischen Gegner, die seit Anfang September in Londons Lancaster House an der Verfassungskonferenz für Zimbabwe/Rhodesien teilnehmen, frischten alte Freundschaften auf. „Schließlich ist die eine Hälfte von uns miteinander verwandt, und die andere Hälfte ging zusammen zur Schule“, erklärte Ernest Bulle, Industrieminister der ersten überwiegend schwarzen Regierung in Salisbury.

Mitte letzter Woche schienen sich die verfeindeten Brüder gar politisch handelseinig zu werden. „Bedeutsame Fortschritte“ verzeichnete der britische Konferenzsprecher, nachdem sowohl Bischof Abel Muzorewa für die Delegation seiner schwarz-weißen Regierung aus Salisbury als auch Robert Mugabe für den Guerrillerverbund Patriotische Front den Verfassungsvorschlägen Londons zugestimmt hatte.

Konzessionsbereit wie noch nie im 14 Jahre alten Rhodesien-Streit zeigten sich die „Front“-Führer, nachdem sie von Mosambik, Tansania, Sambia, Angola und Botswana an den Verhandlungstisch gezwungen worden waren. Vor allen Dingen das wirtschaftlich siehe Sambia, das den Guerrilleros im Norden Unterschlupf gibt, und die kaum minder kranke Volksrepublik Mosambik, die ebenfalls die Guerrilleros unterstützt, brauchen dringend Frieden.

Seit Jahren schon verhindern unter anderem rhodesische Lieferungen eine Hungersnot in Kaundas Sambia; die einzige Bahnverbindung Mosambiks



Simbabwe-Premier Muzorewa
Neues Angola-Debakel?



„Front“-Chef Nkomo
„Wie geht's der alten Mrs. Smith?“

zwischen den beiden größten Städten Maputo und Beira führt durch das bekämpfte Rhodesien.

Simbabwe/Rhodesiens Weiße werden künftig die meisten der ihnen noch von Muzorewa zugebilligten Sonderrechte einbüßen:

- ▷ Im Parlament verlieren sie die Sperrminorität.
- ▷ In den Ausschüssen, in denen die Jobs für Staatsdienst, Armee und Polizei verteilt werden, haben nunmehr Schwarze das Sagen.
- ▷ Die 123 Garantieklauseln für die Weißen in der gegenwärtigen Verfassung — die nur 170 Artikel insgesamt hat — werden gestrichen.

Zwar können die 220 000 Weißen — jeden Monat verlassen mindestens 1000 das Land —, die nur rund drei Prozent des Sieben-Millionen-Volkes ausmachen, auch zukünftig ein gewichtiges Wort mitreden. Sie sollen ein Fünftel aller Sitze im Parlament und ein Drittel im Senat stellen dürfen.

Dennoch keimte daheim die Unzufriedenheit über die im fernen London gefaßten Beschlüsse. „Vielleicht fühlt sich Herr Smith nicht wohl“, mutmaßte ein weißer Farmer im Telefongespräch mit einem britischen Rundfunksender. Und die von Ministerpräsident Muzorewa übermittelte Fernsehansprache („Unter einer korrekten schwarzen Führerschaft haben Sie nichts zu befürchten“) rief bei vielen Weißen, die sich in ihren Farmhäusern verbarrikadiert haben, nur Verbitterung hervor.

Tatsächlich ist schwer vorstellbar, daß der Krieg, der bereits mehr als 20 000 Menschenleben kostete, schnell beendet werden könnte. In London steht der schwierigste Verhandlungsteil noch bevor.

Denn Punkt zwei der Gesprächsordnung verlangt die Einigung über einen Waffenstillstand, sowie Neuwahlen und alle weiteren Vorbereitungen bis zum Tag der Unabhängigkeit. Andernfalls, hatte die Patriotische Front gedroht, werde auch der Akkord über die Verfassung null und nichtig sein.

Gerade in der Übergangszeit wollen sich die verfeindeten Nationalisten, so weit es eben geht, an die Macht vorarbeiten und ihre Gegner ausschalten, das fürchtet Muzorewa. Der Premier und Verteidigungsminister hat von allen Rivalen die wohl kampfstärkste Armee im Rücken, geführt von dem weißen General Peter Walls, der den Ex-Premier als Idol der Weißen mehr und mehr verdrängt.

Die Führer der Patriotischen Front hingegen, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, verbindet nur eine wacklige politische Zweckehe. Oftmals, wenn sich Kämpfer von ZAPU und Mugabes ZANU begegnen, gibt es Tote.

Schlimmer noch als politische Barrieren trennen Stammesfeindschaften alle Nationalisten-Gruppen. Die Ndebele-Stämme im Süden rivalisieren mit den schonasprechenden Völkern, rund 80 Prozent der Bevölkerung, und die wiederum zerfallen in oftmals miteinander zerstrittene Stämme.

Böse Ahnungen beschleichen auch Politiker im übrigen Afrika. Da Kenia bereits eine bislang geheimegehaltene Einladung an Bischof Muzorewa übermittelt hat und Tansania alle Macht für die Patriotische Front forderte, droht nun ein neues Angola-Debakel.

Denn auch dort sanken sich die zerstrittenen Nationalisten vor vier Jahren nach der Einigung am Konferenzstisch in die Arme — bis die moskautreue MPLA nach einigen Monaten Bürgerkrieg die Alleinherrschaft eroberte. ♦